

# Medienspiegel Woche 51 / 2015

	Seite
Aktion „Bildungs-Kompass“, 10.12.2015 <b>Die verschwiegene Kostenexplosion</b>	1
Der Zürcher Bote, 11. Dezember 2015 <b>Im Bildungswesen differenziert sparen</b>	2
Basler Zeitung, 12.12. 2015 <b>Öffentliche Bildung als lukratives Geschäftsmodell</b>	2
Tages-Anzeiger, 14. Dezember 2015 <b>Der Wert der Berufsbildung wird unterschätzt</b>	3
NZZ, 12.3.2014 <b>Bundesrätliches Machtwort im Sprachenstreit</b>	5
Montag, 14. Dezember 2015 <b>Weniger Geld für Zürcher Sonderschüler</b>	7
SRF1, Regionaljournal Graubünden und Ostschweiz, 15. Dezember 2015 <b>Grosser Rat: Unbehagen gegenüber Lehrplan 21</b>	8
Die Welt, 16.12.15 <b>Warum Ihr Kind bald wieder Frontalunterricht hat</b>	9

Schule Schweiz, 19. Dezember 2015

## ["Einspruch" in 2. Auflage](#)

Die Initianten der [Streitschrift "Einspruch"](#) sind von einer regelrechten Bestelllawine überrascht worden. Trotz den zum Teil anspruchsvollen Beiträgen ist die Nachfrage nach der Lektüre riesig. Ebenso sind die Rückmeldungen über Qualität und Inhalt ausserordentlich positiv. Die erste Auflage ist restlos ausverkauft.

Deshalb haben die Redaktoren beschlossen, eine 2. Auflage in Auftrag zu geben. Sie ist ab dem 29. Dezember verfügbar und kann ab dem 4. Januar in den Briefkästen sein. Einzelbestellungen kosten weiterhin 5 Fr. (plus Versandkosten), bei Massenbestellungen über 25 sinkt der Preis auf 3 Fr. Bestellungen können über die Mailadresse [arkadi@bluemail.ch](mailto:arkadi@bluemail.ch) getätigt werden.



# Die verschwiegene Kostenexplosion

**In der ganzen Schweiz sorgen die sogenannten «Spar»-Pläne im Bildungsbereich für heftige Debatten. Vor allem Direktbetroffene machen sich bemerkbar. Es finden Demonstrationen statt, Protestschreiben werden orchestriert. Höchst bedenklich: Allem Anschein nach werden Schüler von Lehrern gezielt dazu angestiftet, gegen die «Spar»-Massnahmen zu protestieren – oftmals ohne die wahren Hintergründe darzulegen.**

Solche Vorkommnisse sind ein grober Kompetenzmissbrauch seitens der Lehrerinnen und Lehrer, der durch die kantonalen Dienststellen für Volksschulbildung strikt zu ahnden ist. Emotionale und politische Instrumentalisierung von jungen Menschen haben an öffentlichen Bildungseinrichtungen nichts verloren!

Abgesehen davon: Trotz diverser kantonalen Massnahmenpakete, welche anstreben, die Bildungsausgaben zu reduzieren, kann von bildungspolitischen «Kahlschlägen» keine Rede sein – haben sich die öffentlichen Bildungsausgaben seit 1990 doch mehr als verdoppelt. Sie stellen inzwischen mit rund 40 Milliarden Franken (Bund, Kantone und Gemeinden) mit Abstand den zweitgrössten Budgetposten hinter der sozialen Sicherheit dar.

Statt blind das Schreckgespenst der «Sparpolitik» an die Wand zu malen, sollten sich die aufschreienden Verantwortungsträger vielmehr der Frage widmen, wie sich diese überproportionale Kostenexplosion (16% mehr als das gesamte, ohnehin übermässige staatliche Ausgabenwachstum!) erklären lässt. Wenn an einer Stelle erhebliches Sparpotential besteht, dann in den kantonalen Verwaltungen. Nur ist es politisch nicht gewollt, hier den Hebel anzusetzen.

Selbstverständlich sind beileibe nicht alle dieser Tage geäusserten Sparvorschläge in den Kantonen unbestritten. Wenn die Verwaltungen – mit regierungsrätlichem Segen – an Schulen den Sportunterricht streichen und Zwangsferien verordnen, ist es verständlich, dass die Bürger auf die Barrikaden gehen. Der Verdacht liegt nahe: Die Bildungsbürokraten verkünden Einsparungen dort, wo es der Bevölkerung am meisten weh tut – mit dem Ziel, angesichts des Widerstands auf zusätzliche Mittel pochen zu können.

Ausser Acht bleibt dabei die Tatsache, dass die Bildungsbürokratie in den letzten 25 Jahren mit Tausenden neuen Verwaltungsangestellten massiv aufgebläht worden ist – ohne eigentliche Leistungsverbesserungen der Volksschulabgängerinnen und -abgänger bewirkt zu haben. Im Gegenteil: Immer mehr Lehrbetriebe beklagen deren gesunkenes Niveau. Die milliardenteure «Bildungsreformitis» (HarmoS, Lehrplan 21, integrativer Unterricht, Früh-Fremdsprachen) haben ihre Wirkung offensichtlich verfehlt.

Der Bildungskompass in der Schweiz ist neu auszurichten. Die **Aktion «Bildungs-Kompass»** macht sich stark für eine leistungsorientierte, auf Berufs- und Lebenstauglichkeit ausgerichtete Volksschule.

**Werden Sie Mitglied der Aktion «Bildungs-Kompass»!**

**Schon dabei?**

Helfen Sie bitte mit, unsere Informationen an Bekannte weiter zu geben – mit Ihrer Empfehlung, sich als Mitglied der Aktion «Bildungs-Kompass» anzuschliessen.

Aktion «Bildungs-Kompass», Postfach 54, 8416 Flaach – [www.bildungs-kompass.ch](http://www.bildungs-kompass.ch)

<http://www.bildungs-kompass.ch/>

Der Zürcher Bote, 11. Dezember 2015

## **Im Bildungswesen differenziert sparen**

### **Leserbrief**

Hohe Ausgaben beim Bildungswesen führen nicht automatisch zu hoher Qualität. Dies zeigen Basel Stadt und Genf, die mit den höchsten Bildungsausgaben der Schweiz dennoch Letzte in der Pisa-Studie sind. Die Schweiz hat seit Jahrzehnten ein international hochstehendes Bildungswesen, das die Grundlage für unsere Wirtschaft und unseren Wohlstand bildet. Es ist deshalb gefährlich, willkürlich oder linear, den Sparhebel anzusetzen, insbesondere wenn dabei über Jahrzehnte aufgebaute und bewährte Institutionen und Fachdisziplinen mit einem hervorragenden Leistungsausweis betroffen sind. Der Zeitgeist neigt dazu, von den Reformturbos und den Medien kräftigt gefördert, bewährte pädagogische Institutionen und Lehrmethoden als «ewiggestrig» und «nicht zeitgemäss» abzuqualifizieren.

Ein Beispiel sind die Therapien (Logopädie, Psychomotorik), über die in den Medien grober Unsinn, wie «sie hätten massiv zugenommen» oder «Kinder würden unnötig therapiert», verbreitet wird. Tatsache ist, dass rund 5 von 100 Kindern solche Therapien benötigen und dieses Verhältnis seit Jahren gleichgeblieben ist. In der Logopädie können rund 75 Prozent der Sprachschwierigkeiten ganz oder soweit vermindert werden, dass eine Therapie nicht mehr nötig ist. Bei den restlichen Kindern kann immerhin eine Verbesserung erzielt werden. Die Therapie ist bei diesen Kindern eine unverzichtbare Voraussetzung für den Erfolg in Schule und Ausbildung.

Im Bildungswesen sollte man in erster Linie bei den unnötigen und unsinnigen Reformprojekten wie dem Lehrplan 21 sparen, die ohne wissenschaftlichen Erfolgsausweis und mit gescheiterten Reformutopien (Antiautoritäre Erziehung, Antipädagogik, Konstruktivismus) als Grundlage unser seit Jahrzehnten bewährtes Schulsystem vollständig umbauen wollen. Die Reformen wie Total-Integration, altersgemischtes Lernen, individualisierender Unterricht usw. haben alle das gleiche Ziel wie der Lehrplan 21, nämlich das «selbstorganisierte Lernen». Mit ihm sollen der Klassenunterricht und die Lehrer als Wissensvermittler abgeschafft werden. Die Reformprojekte blähen die Schulbürokratie und die Aus- und Weiterbildung auf und verursachen bereits seit Jahren Kosten in mehrstelliger Millionenhöhe, die nie bei den Schülern ankommen.

Peter Aebersold

[http://www.svp-zuerich.ch/files/2012/12/2015\\_50\\_Der\\_Zuercher\\_Bote\\_Internet.pdf](http://www.svp-zuerich.ch/files/2012/12/2015_50_Der_Zuercher_Bote_Internet.pdf)

Basler Zeitung, 12.12. 2015

## **Öffentliche Bildung als lukratives Geschäftsmodell**

### **Leserbrief**

Unterricht orientiert sich nicht an Lehrplänen, sondern am Möglichen. Letzteres lässt sich an der Unterrichtstätigkeit der Lehrkräfte ablesen. Der teure und theorielastige Umweg über die Fachhochschulen dient in erster Linie der Verlags- und Weiterbildungsindustrie, öffentliche Bildung als lukratives Geschäftsmodell für die privatwirtschaftliche Reformindustrie im Namen hochtrabender Ideologien.

Fachhochschulen produzieren arbeitsintensiv und kostenaufwendig fortlaufend «Forschungsergebnisse» im schulischen Bereich, mit denen sie die Schuladministration bedienen. Letztere verarbeitet jene Ergebnisse personal- und kostenintensiv zu Schulreformen, mit denen sie die Schule in einer dauernden Reformschwangerschaft hält.

Die teure «Forschungstätigkeit» der Fachhochschulen im Verbund mit der aufgeblähten Schulverwaltung lässt sich nur auf Kosten der öffentlichen Schule finanzieren.

Es ist zu hoffen, dass Fetz und Co. sich parteiübergreifend verbünden, um mit vereinten Kräften den unsäglichen Schulreformdampfer endlich zu stoppen. Es geht um Schülergenerationen und somit um unsere Zukunft.

Felix Hoffmann

Tages-Anzeiger, 14. Dezember 2015

## *Der Wert der Berufsbildung wird unterschätzt*

Daniel Fleischmann

Immer mehr Jugendliche gehen ans Gymnasium. 1985 wählte jeder achte Jugendliche diesen Weg, 2014 jeder fünfte. Es gibt Leute, die diese Entwicklung begrüßen, obwohl die Gymnasien teurer sind als die von der Wirtschaft mitfinanzierte Berufsbildung. Sie glauben, dass Hochschulen die jungen Leute besser auf Anforderungen der Wirtschaft vorbereiten. Aber das tun sie nicht. In Deutschland erwirbt fast die Hälfte der Schulabgänger eine Hochschulberechtigung. Aber jeder Vierte von ihnen macht dann doch eine Lehre. Ein Leerlauf.



*Verglichen mit dem Entscheid fürs Gymnasium, ist die Wahl einer Lehre so komplex wie eine Heirat gegenüber dem ersten Kuss.*

Wieso nicht Maurerin? Jugendliche informieren sich in Martigny über die Möglichkeiten der beruflichen Bildung.  
(Foto: Maxime Schmid/Keystone)

Auch in der Schweiz gibt es kaum Anhaltspunkte, dass die Berufsbildung die Jugendlichen weniger gut auf den sich rasch wandelnden Arbeitsmarkt vorbereite und langfristig zu Nachteilen führe, wie eine Studie zeigt. Die «Skills-Mismatch-Rate» des KOF-Jugendarbeitsmarktindex bestätigt das. **In der Schweiz passt das Gelernte besser zum Job als im restlichen Europa**, wo viel mehr Jugendliche eine Hochschule absolvieren.

Trotzdem fällt die Berufswahl vielen Schülern schwerer als der Schritt in die nächsthöhere Schule. Klar: Mit 15 befindet man sich im Sturmtief vieler entwicklungspsychologischer Turbulenzen. Verglichen mit dem Entscheid fürs Gymnasium, ist die Wahl einer Lehre so komplex wie eine Heirat gegenüber dem ersten Kuss. Schülerinnen und Schüler in der siebten Klasse können spontan etwa sieben Lehrberufe nennen. Tatsächlich existieren 250. Ohne Berufswahlunterricht wären viele überfordert, **mehr Berufswahlunterricht wäre sinnvoll**. Aber die EDK findet andere Dinge wichtiger, wie sich bei den Beratungen über den Lehrplan 21 zeigte. Und so wandern, weil für Berufswahlunterricht kaum Zeit ist, viele Jugendliche aus den leistungsstarken Zügen der Volksschule ungefragt ins Gymnasium. Dem applaudieren Eltern, die es für eine erzieherische Leistung halten, wenn ihre Kinder diesen Schritt schaffen.

**Der Wert der beruflichen Bildung wird oft unterschätzt**, auch von Eltern mit ausländischer Herkunft. In ihren Heimatländern führt der Königsweg ans Gymnasium und dann an eine Universität. Wenn ihr Kind in der Schweiz medizinische Praxisassistentin lernt, erzählen sie den Verwandten, sie studiere Ärztin. Das Schweizer Bildungssystem ist anders aufgebaut, das muss man erklären. Zum Beispiel mit Hinweisen auf die Jugendarbeitslosigkeit. In Polen liegt sie derzeit bei 19 Prozent, in Italien bei 40 Prozent, in Finnland bei 23 Prozent. Egal woher die Menschen stammen, die in die Schweiz gezogen sind: Hier ist das Risiko, dass ihre Kinder keine Arbeit finden, so gering wie nirgends (aktuell 3,5 Prozent).

Es wird nicht zu viel über Berufsbildung informiert, sondern zu wenig. Dass es die höhere Berufsbildung gibt, die keine Berufsmatura voraussetzt, wissen viele nicht. Immer spricht man von Fachhochschulen, wenn man sagen will, dass man auch mit der Berufsbildung Karriere machen kann. Dabei erlangen mehr Personen einen Abschluss der höheren Berufsbildung als an einer Fachhochschule. Der Clou: Die Bildungsrenditen von Fachausweisen und Diplomen liegen deutlich über denjenigen anderer Bildungsabschlüsse.



**Daniel Fleischmann** ist Redaktor der Fachzeitschrift für Berufsbildung Panorama.  
Zwei seiner Kinder machten eine Berufslehre, zwei studierten.

<http://blog.tagesanzeiger.ch/politblog/index.php/31158/der-wert-der-berufsbildung-wird-unterschaetzt/>

NZZ, 12.3.2014

Bundesrätliches Machtwort im Sprachenstreit

## Berset will in kantonale Hochburg eindringen

**In den Kantonen baut sich Druck auf, dass Bundesbern ein Machtwort zum Fremdsprachenunterricht auf Primarschulstufe spricht. Berset hat sich dem angeschlossen. Die Bundeskompetenz ist aber subsidiär und nur mit Zurückhaltung auszuspielen.**

von Claudia Schoch

Bundesrat Berset droht, sich um die Fremdsprachenkenntnisse der Jüngsten zu kümmern. (Bild: Christoph Ruckstuhl / NZZ)



Bundesrat Berset hat sich im Sprachenstreit an den Primarschulen weit zum Fenster hinausgelehnt. Er kündigte in der Fragestunde des Nationalrats an, dass jeder Schüler schon auf Stufe Primarschule die zweite Landessprache – in der Deutschschweiz namentlich Französisch – zu lernen habe. Sollten die Kantone sich darin uneinig sein, werde sich der Bund darum kümmern (NZZ 11. 3. 14). Schon Mitte Februar unterstrich er in einer Interpellationsantwort die Bedeutung des Unterrichts in einer zweiten Landessprache und verwies auf die subsidiäre Bundeskompetenz.

Warum nur mischt sich Berset ins Schulwesen ein? Wäre das nicht vielmehr Sache des Vorstehers des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung und somit von Bundesrat Schneider-Ammann? Berset sorgt sich als Chef des Departements des Innern um den Erhalt der Sprachenvielfalt. Das fällt in seinen Kulturauftrag. Da ist er zuständig für den Vollzug des Sprachengesetzes.

### *Hauptkompetenz der Kantone*

Traditionell gehört das Schulwesen zu den klassischen Hoheitsbereichen der Kantone. Je nach Bildungsstufe ist allerdings auch dieses mittlerweile zu einer zwischen Kantonen und Bund verzahnten Aufgabe geworden. Dieser Entwicklung haben 2006 Volk und Kantone mit ihrer Zustimmung zum Verfassungsartikel zum Schulwesen (Art. 62 BV) Rechnung getragen. Danach sind zwar grundsätzlich weiterhin die Kantone für das Schulwesen zuständig. Der Verfassungsartikel verpflichtet aber zu einer Harmonisierung struktureller Eckwerte, so beim Schuleintritt, bei der Schulpflicht, der Dauer und den Zielen der verschiedenen Bildungsstufen und bei deren Übergängen sowie bei der Anerkennung der Abschlüsse. Seither besteht eine subsidiäre Kompetenz für den Bund, wenn die Kantone eine Harmonisierung nicht zustande bringen. Das zentrale Koordinationsorgan der Kantone ist die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK).

Sie arbeitete die interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (Harmos-Konkordat) aus, der inzwischen 15 Kantone beigetreten sind. Der St. Galler Staatsrechtsprofessor Bernhard Ehrenzeller erkennt im Harmos-Konkordat einen eigentlichen Dynamisierungsschub in der Zusammenarbeit unter den Kantonen. Bei der EDK verweist man darauf, dass auch die Kantone, die der Vereinbarung nicht beigetreten sind, die Harmonisierungsziele, nicht zuletzt auch bei den Fremdsprachen, übernommen haben.

Damit erfüllen die Kantone die in der Verfassung angestrebte Harmonisierung. Heute wird fast überall ab der 3. und 5. Primarklasse die erste beziehungsweise zweite Fremdsprache unterrichtet – in der Westschweiz Deutsch als erste und Englisch als zweite Fremdsprache, in der Deutschschweiz (ausser den beiden Basel, Bern, Solothurn, Freiburg und dem Wallis) Englisch als erste und Französisch als zweite Sprache. Vorstösse in der Zentral- und Ostschweiz – Schaffhausen, Baselland, Thurgau, Solothurn, Graubün-

den, Luzern, Nidwalden (vgl. untenstehenden Artikel) –, die nur noch eine Fremdsprache auf Primar- schulstufe fordern, drohen die Harmonisierung aufzubrechen. Davon ist man freilich noch einiges ent- fernt. Berset hat also seine Warnung früh ausgesprochen.

In letzter Konsequenz wäre der Bund aber, wie Ehrenzeller bestätigt, tatsächlich dazu berechtigt, Zielvor- gaben zum Fremdsprachenunterricht für die Bildungsstufe der Primarschule zu machen. Diese könnten implizit zur Folge haben, dass eine zweite Landessprache auf Primarstufe in allen Kantonen unterrichtet werden müsste.

### ***Wenig Begeisterung***

Eine solche Einmischung durch den Bund dürfte weder in den Kantonen noch in Bundesbern Begeiste- rung auslösen. EDK-Präsident Christoph Eymann (Basel-Stadt) will möglichst im Rahmen der EDK die Lösung finden. Leicht dürfte das nicht fallen; denn, wie man bei der EDK in Erinnerung ruft, war der Fremdsprachenunterricht ab der 3. und 5. Primarklasse ein schwer erkämpfter Kompromiss.

Doch auch im Bundesparlament könnte Berset auf Granit beißen. Ob die Parlamentarier weiter gehen wollen als im 2007 verabschiedeten Sprachengesetz, ist ungewiss. Dieses hält fest, dass sich Bund und Kantone dafür einsetzen, dass die Schüler am Ende der obligatorischen Schulzeit über Kompetenzen in mindestens einer zweiten Landessprache verfügen. Das Festlegen einer Landessprache als erste Fremd- sprache verwarf man damals aus politischen sowie verfassungsrechtlichen Gründen.

Leichtfertig darf der Bundesrat zudem nicht vom Subsidiaritätsprinzip abweichen. Ein Eingreifen ver- langt nach einer erhöhten Begründungspflicht. Politische Opportunität ist für eine Bundesregelung kei- nesfalls ausreichend.

<http://www.nzz.ch/schweiz/berset-will-in-kantonale-hochburg-eindringen-1.18260905>

Montag, 14. Dezember 2015

## Weniger Geld für Zürcher Sonderschüler

Auffällige Schülerinnen und Schüler mit einer Behinderung gehen im Kanton Zürich zusammen mit allen anderen Kindern in die normalen Klassen. Sie erhalten dafür Unterstützung. Die Kosten für diese Massnahmen wurden am Montag vom Zürcher Kantonsparlament um eine Million Franken gekürzt.

Während Jahren ist die Zahl der sogenannten «Sonderschüler» im Kanton Zürich stetig gestiegen. 2012 wurde der Höchststand erreicht (5011). Seit 2013 geht diese Zahl allmählich zurück. Trotzdem stehen die Kosten für die verschiedenen sonderschulischen Massnahmen stark in der Kritik.

[Audio «So verlief die Debatte im Kantonsrat \(14.12.15\)» in externem Player öffnen.](#) 2:01 min

Anita Borer von der SVP erklärte, die Kosten würden sich ganz einfach senken lassen - indem man weniger Schülerinnen und Schüler zu Sonderschülern mache: «Die Anordnung sonderschulischer Massnahmen muss verringert werden.» Auch die FDP war der Meinung, dass die hohe Zahl der Sonderschüler etwas «mit der Mentalität der Zuweisenden» zu tun hat.

### **Gemeinden sollen zurückhaltender sein**

Judith Stofer von der Alternativen Liste wies darauf hin, dass es an den Gemeinden sei, die Kosten zu senken: "Die Gemeinden verordnen sonderpädagogische Massnahmen, also hätten es die Gemeinden auch in der Hand, hier zurückhaltender zu sein."

Ausserdem gebe es schon verschiedene Massnahmen, die auch zu einer Kostenreduktion geführt hätten, hiess es auf der linken Ratsseite weiter.

Trotzdem kürzte schlussendlich eine Mehrheit aus SVP, FDP, BDP und EDU das Budget für sonderschulische Massnahmen um eine weitere Million Franken.

<http://www.srf.ch/news/regional/zuerich-schaffhausen/weniger-geld-fuer-zuercher-sonderschueler>



SRF1, Regionaljournal Graubünden und Ostschweiz, 15. Dezember 2015

## Grosser Rat: Unbehagen gegenüber Lehrplan 21

Stefanie Hablützel

**Der Bündner Grosse Rat darf nichts entscheiden punkto Lehrplan 21. Es ist die Regierung, welche die Leitplanken setzt – wie in anderen Kantonen auch. Der Grosse Rat müsse jedoch informiert werden, finden mehrere Politiker und zwar «in geeigneter Form».**

### Regierung soll zuhören

[Audio «Regierung soll zuhören» abspielen.](#) [Audio «Regierung soll zuhören» in externem Player öffnen.](#)  
1:55 min

Bereits vor zwei Jahren deponierte Elita Florin-Caluori (CVP) ihre [Forderung](#) bei der Bündner Regierung. Bevor diese den Lehrplan 21 verabschiede, müsse das kantonale Parlament über die Pläne diskutieren können – auch wenn die Regierung schliesslich alleine entscheide: «Wir wollen unsere Überlegungen punkto Lehrplan 21 der Regierung mitteilen, weil damit auch Kosten verbunden sind.»

### Feierabend-Info-Anlass im Calvensaal

Offenbar gehen die Meinungen zwischen Parlament und Regierung aber darüber auseinander, was es bedeutet, «während einer Session in geeigneter Form zu informieren», wie es im Vorstoss heisst. Vergangenen Mittwoch, während der Dezembersession, sagte Regierungspräsident Martin Jäger (SP) auf eine entsprechende Nachfrage, man plane in der Februarsession am Montagabend «im Calvensaal einen Informationsanlass»

### Mehr zum Thema

[Hintergründe zum Lehrplan 21](#)

Diese Aussage stiess Elita Florin-Caluori sauer auf. Das Thema sei zu wichtig, um an einem Informationsanlass in einem externen Saal abgehandelt zu werden, sagte sie letzten Mittwoch gegenüber Radio SRF. Mit einer Petition will die Politikerin deshalb doch noch eine Diskussion im Ratssaal erzwingen. Rund 50 Politikerinnen und Politiker haben das Begehren unterschrieben, welches eine Diskussion über den Lehrplan 21 während der regulären Februarsession fordert.

Eine Petition ist ein schwaches politisches Instrument. Die Hauruckübung zeigt jedoch ein Unbehagen gegenüber der Tatsache, dass die Regierung alleine über den Lehrplan 21 entscheiden kann. Ein Unbehagen, das sich übrigens auch in einer [geplanten Volksinitiative](#) manifestiert. Aktuell sammelt eine Gruppe Unterschriften, damit die Bevölkerung künftig über einen Lehrplan abstimmen kann.

<http://www.srf.ch/news/regional/graubuenden/grosser-rat-unbehagen-gegenueber-lehrplan-21>

Die Welt, 16.12.15

## Warum Ihr Kind bald wieder Frontalunterricht hat

**Bald jedes Jahr werden neue "ultimative" Lern- und Lehrmethoden ausgerufen. Und verschwinden bald wieder in der Versenkung. So wie bald das "jahrgangsübergreifende" Lernen und das Arbeitsbogenunwesen.**

Von [Alan Posener](#)



Mit Qualität und Aura der Lehrperson steht und fällt jedes Unterrichtskonzept

Foto: picture alliance / dpa-tmn

In der Klasse sitzen Kinder verschiedener Altersgruppen: Schulanfänger und Kinder, die schon drei Jahre zur Schule gehen. Warum sie zusammen sitzen ist nicht klar, da jedes Kind einzeln lernt. Ab und zu steht ein Kind auf und läuft zu einem Fach, aus dem es einen Arbeitsbogen zieht, mit dem es zu seinem Platz zurückkehrt.

Die Lehrerinnen halten sich zurück; eine kümmert sich vielleicht um ein Kind, das mit seinem Arbeitsbogen nicht klarkommt; eine andere geht herum und kontrolliert, dass alle etwas tun.

Was hier verwirklicht wird, ist die gegenwärtig herrschende Didaktiktheorie. [Inklusion](http://www.welt.de/149221340) (Link: <http://www.welt.de/149221340>) und Individualisierung heißen die – einander widersprechenden – Stichworte. Selbstbestimmtes Lernen im eigenen Tempo statt "Lehrerzentrierung" ist angesagt. Wo das funktioniert, ist eine solche jahrgangsübergreifende Klasse eine imponierende, summende Lernmaschine. Wo es nicht funktioniert, ein Chaos.

Ob aber diese Art des Unterrichts funktioniert oder nicht – für die Lehrerinnen bedeuten die Vorgaben eine enorme Mehrarbeit: Für jedes Kind sollte idealerweise ein auf seine Fähigkeiten und Bedürfnisse abgestimmtes Lernprogramm zur Verfügung stehen. Die Ergebnisse müssen dann auch individuell ausgewertet werden und als Feedback zur Korrektur des Programms führen.

Und ob das jahrgangsübergreifende und individualisierte Lernen funktioniert oder nicht: Wenn die Kinder in Lerngruppen kommen, wo sie miteinander interagieren sollen, können sie es nicht. Zuhören, wenn ein anderes Kind etwas sagt; Eingehen auf dessen Beiträge; mit der Lehrerin und der Klasse zusammen ein Experiment auswerten oder eine Frage der Verhaltensmoral diskutieren: geht nicht. Das haben die Kinder ja nicht gelernt. Sie sind Einzelkinder geblieben.

### Experimenteller Beweis? Fehlanzeige!

Dabei ist es wichtig zu wissen, dass es keine experimentellen Belege gibt, die darauf hinweisen, dass Kinder in jahrgangsübergreifenden Gruppen oder in Eigenarbeit besser lernen. Im Gegenteil, wie wir gleich sehen werden. Die gegenwärtig herrschende Didaktikmode ist denn auch nicht Ergebnis experimenteller Arbeit, sie ist Ausfluss von Wunschdenken.

Selbstständigkeit gilt als Wert, zu Recht, also wird eigenbrötlerisch gelernt, zu Unrecht. Individualisierung – "jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen" – ist ein Ideal, zu Recht, also arbeitet jeder nach einem individualisierten Lernplan, zu Unrecht.

Inklusion ist ein Ziel der Gesellschaft, zu Recht, also werden die ohnehin divergierenden Begabungen und Interessen eines Jahrgangs, in dem vielleicht auch einige Kinder mit Lernschwierigkeiten – zu Recht – sitzen, noch potenziert durch jahrgangübergreifendes Lernen, zu Unrecht.

Autoritäre Führungsstrukturen werden abgelehnt, zu Recht, also wird die Führung des Unterrichts durch den Lehrer abgelehnt, zu Unrecht. Wie Goethes Mephisto sagte: Sinn wird Unsinn, Wohltat Plage.

Aber mit dieser Plage dürfte es bald ein Ende nehmen. Didaktische Moden gehorchen einer Wellenbewegung; das, was einer Pädagogengeneration heilig war, gilt der nächsten als Götzendienst. Klassengemeinschaft und Lehrercharisma, Unterrichtsgespräch und Dialog werden nun wiederentdeckt. In der angelsächsischen Welt, wo sonst. Womit gesichert ist, dass die neue alte Didaktik bald zu uns herüberschwappen wird.

### **Lehrerpersönlichkeit zählt**

Wer das Glück hatte, eine gute Lehrerin oder einen guten Lehrer zu erleben, und sei es nur für ein paar Schuljahre, weiß, wie wichtig die Lehrerpersönlichkeit ist. Man lernt nach der Theorie für sich, obwohl man nicht weiß, wer man ist, und für das Leben, obwohl man davon keine Vorstellung hat; in Wirklichkeit lernt man für den Lehrer. Diese Erfahrungstatsache wurde in den Jahren 1967 bis 1995 im größten Erziehungsexperiment aller Zeiten bestätigt.

Es ging um den "Krieg gegen die Armut", den US-Präsident Lyndon B. Johnson ausgerufen hatte. Verschiedene Didaktiker wurden eingeladen, Erziehungsmethoden vorzuschlagen, die besonders auf die Bedürfnisse ärmerer und bildungsferner Kinder abgestimmt sein sollten. Die Ergebnisse der verschiedenen Methoden wurden über fast 30 Jahre verfolgt.

Die erfolgreichste war das sogenannte "Direct Instruction"-Modell von Siegfried ("Zig") Engelmann: eine extrem lehrerzentrierte Methode, die eine genaue Planung jeder Unterrichtsstunde verlangt und darauf abzielt, die Lerngruppe insgesamt voranzubringen: das Gegenteil vom individualisierten "entdeckenden Lernen", bei dem der Weg das Ziel und die Lehrkraft eher Gehilfe als Meister ist. Die Ergebnisse passten allerdings nicht zum herrschenden Ideal; Zig Engelmann wird im Lehrerseminar nicht erwähnt.

Nun mag "Direkt Instruction", der verpönte "Frontalunterricht" also, für junge Kinder und Kinder mit Lernschwierigkeiten gut sein; ganz gewiss zum Beispiel für die Migranten, die zu uns kommen und schnell Deutsch lernen müssen; aber übrigens auch für hoch motivierte Erwachsene, die schnell einen bestimmten Stoff lernen wollen.

Für ältere Kinder und junge Erwachsene sind eher dialogische Formen des Lernens angemessen. Das – hierzulande als "Gängelung" verpönte – "fragend-entwickelnde Unterrichtsgespräch" wird inzwischen von amerikanischen Intelligenzforschern wie Christa Asterhan wiederentdeckt. Lernen wird entindividualisiert; seine soziale und interaktive Dimension wird wiederentdeckt.

## Die hohe Kunst der Führung

Wie jede erfahrene Lehrkraft weiß, verlangt auch diese Unterrichtsform, soll sie nicht zu einer Farce verkommen, bei der die Schüler raten müssen, was der Lehrer eigentlich hören will, die hohe Kunst der Führung, die Bereitschaft, ein Lernziel auch auf Umwegen zu erreichen; den Respekt vor den Schülern und den Respekt der Schüler für die Lehrkraft.

Ohne Charisma (Link: <http://www.welt.de/122231244>) ist weder durch direktes Unterrichten noch durch das Gespräch irgendetwas zu erreichen. An der Lehrerin und ihrer Fähigkeit, mit einer Gruppe zu interagieren, ja aus einer Ansammlung von Individuen eine Lerngruppe erst zu schaffen, hängt alles. Eine der wenigen pädagogischen Erkenntnisse, die nie veralten.

Die Klasse wird also wiederentdeckt, der Frontalunterricht und das soziale Lernen im Gespräch, und mit ihm die zentrale Bedeutung der Lehrkraft.

Jahrgangübergreifende Gruppen, individualisiertes Lernen, das Arbeitsbogenunwesen und alles, was damit zusammenhängt, dürften sich bald in der Rumpelkammer der dummen pädagogischen Ideen (Link: <http://www.welt.de/149221340>) wiederfinden, zusammen mit der Mengenlehre in der Mathematik, der Ganzheitsmethode des Lesenlernens, dem Sprachlabor und der Arbeitslehre; zusammen auch mit dem Rohrstock und dem ganzen Einschüchterungsarsenal der schwarzen Pädagogik.

<http://www.welt.de/debatte/kommentare/article150030033/Warum-Ihr-Kind-bald-wieder-Frontalunterricht-hat.html>